Tägliche Omaha Tribüne

TRIBUNE PUBLISHING CO.—VAL. J. PETER, President.

Preis des Tageblatts: Durch den Träger, per Woche 12½ Cents; durch die Post, bei Vorausbezahlung, per Jahr $6.00; sechs Monate $3.00; drei Monate $1.50.

Preis des Wochenblatts bei Vorausbezahlung $2.00 das Jahr.

1307-1309 Howard Str. Telephon: TYLER 340. Omaha, Nebraska.

Des Moines, Ia., Branch Office: 407—6th Ave.

Entered as second-class matter March 14, 1912, at the postoffice of Omaha, Nebraska, under the act of Congress, March 3, 1879.

THE POLITICAL CREED OF THE TRUE AMERICAN

I believe in the United States of America as a Government of the People, by the People, for the People; whose just powers are derived from the consent of the governed; a Democracy in a Republic; a Sovereign Nation of many Sovereign States; a perfect Union, one and inseparable; established upon those principles of Freedom, Equality, Justice and Humanity for which American Patriots sacrificed their Lives and Fortunes.

I, therefore, believe it is my Duty to my Country to Love it; to Support its Constitution; to Obey its Laws; to Respect its Flag and to Defend it against all enemies.

Omaha, Nebr., Montag, den 14. April 1919.

Amtlicher Optimismus

Durch die Zeitungen unseres Landes ging vor kurzem die Nachricht, Nahrungsmittel-Verwalter Hoover habe sich geäußert, daß der Weizenpreis im Laufe des Jahres möglicherweise bis auf dreiundeinhalb Dollar per Bushel steigen könne. Diese Meldung erregte natürlich gewaltiges Aufsehen, denn sie ließ, da die Weizenpreise hinsichtlich der anderen Nahrungsmittel etwa die gleiche Barometerrolle spielen wie die Eisenpreise hinsichtlich der meisten industriellen Erzeugnisse, im Gefolge des höheren Weizenpreises den Schluß auf eine allgemeine Steigerung aller Lebensmittelpreise und daher der Gesamtkosten dr Lebenshaltung als unvermeidlich erscheinen.

Jetzt hat sich jedoch herausgestellt, daß Herrn Hoovers Worte — ob absichtlich oder unabsichtlich, bleibe dahingestellt — nicht vollständig wiedergegeben wurden, und daß daher die durch die Aeußerung hervorgerufenen Besorgnisse grundlos waren. Was Herr Hoover wirklich sagte, das erfahren wir aus einer dieser Tage abgegebenen amtlichen Erklärung des Herrn George N. Peek, Vorsitzers des Produktionsausschusses der Kriegs-Industriebehörde, einer Unterabteilung des Handelsdepartements, der zu gerade entgegengesetzten Schlüssen wie den oben angedeuteten gelangt. Ob seine hoffnungsvolle Auffassung in ihrem vollen Umfange sich verwirklichen wird, kann nur die Zukunft zeigen; im Interesse des ganzen Landes wäre jedenfalls zu wünschen, daß er mit seinem Optimismus Recht behalte, und daß wir wirklich einer Zeit niedrigerer Lebensmittelpreise entgegengehen.

„Beamte der Behörde für Nahrungsmittel-Verwaltung", so sagte Herr Peek, „bemerken mit Bedauern, daß Herrn Hoovers Aeußerung, wir könnten einen Weizenpreis von dreiundeinhalb Dollar per Bushel erleben, so allgemein mißverstanden worden ist. Tatsächlich hat Herr Hoover folgendes gesagt: „Wir könnten Weizen zu dreiundeinhalb Dollar per Bushel erleben, wie es im Frühjahre 1917 der Fall war, wenn wir einen freien Markt in Weizen und nichtkontrollierte Preise hätten, soweit die Ernte des Jahres 1918 in Betracht kommt. Aber soweit es sich um neunzig Prozent der Weltausfuhren handelt, kann es keinen freien Markt geben. Was die Ernte vom Jahre 1919 anbelangt, so ist es selbstverständlich noch zu früh, bezüglich ihrer zu irgend einer bestimmten Schlußfolgerung zu gelangen."

Es ist einleuchtend, daß es, wie Herr Hoover sagt, vorläufig keinen freien Markt geben kann, und zwar vor allem wegen der unsicheren geschäftlichen Verhältnisse, besonders bezüglich der Schiffahrt und der finanziellen Lage. Außerdem zeigt die Fassung der Getreide-Bewilligungsvorlage klar und deutlich, daß der Kongreß die eintausend Millionen Dollar bewilligt hat, um nicht nur die den Farmern gegebene Preisgarantie von $2.26 sicherzustellen, sondern auch um der Regierung zu ermöglichen, Weizen und Mehl zu den garantierten Preisen zu verkaufen oder zu solchen anderen Preisen und zu solchen Bedingungen, wie sie nötig sein mögen, die Zwecke des Gesetzes zu erreichen. Und ferner, um es für das Volk der Ver. Staaten möglich zu machen, Weizenprodukte zu angemessenen Preisen zu kaufen. Weizen ist das fundamentale Nahrungsmittel. Was ein angemessener Preis ist, muß vom Kongresse bestimmt werden. Die neue Weizenernte, die man auf über eimundeineviertel Milliarde Bushel veranschlagt, wird im Juli auf den Markt zu kommen beginnen.

Ich bin der Meinung, daß alles dafür spricht, daß in verhältnismäßig naher Zukunft niedrigere Lebensmittelpreise zu erwarten sein werden, und meine Ansicht wird von den maßgebenden Beamten der Nahrungsmittel-Verwaltung geteilt."

Das Schicksal Deutsch-Böhmens

Von Landeshauptmann Dr. Lodgman.—Aus dem „Bund" in Bern vom 5. März.

Bern, 5. März. — „Der Bund" veröffentlicht nachstehenden Artikel über das Schicksal Deutsch-Böhmens, von Bundeshauptmann Dr. Lodgman.

Die Ordnung in den Sudetenländern Böhmen, Mähren und Schlesien scheint auf den ersten Blick lediglich eine Frage zwischen Deutschland und den Tschechen zu sein. Sie ist es aber nicht, sondern greift tief in das europäische nationale Problem überhaupt ein, dessen Kernpunkt sie in geographischer Beziehung sie darstellt. Es ist klar, daß die Ordnung diese Frage nicht anders erfolgen kann als die Ordnung der übrigen volklichen Probleme Europas, vorausgesetzt, daß man auf der Friedenskonferenz eine Lösung des Problems und nicht neue Verwickelungen für die Zukunft schaffen will. Das letztere wäre der Fall, wenn man die Frage Deutschböhmens und der Deutschen in den Sudetenländern im Sinne der imperialistischen Machtpolitik der Tschechen lösen, also dreieinhalb Millionen der Deutschen tschechischer Herrschaft unterwerfen wollte.

Die Tschechen führen geschichtliche, national-politische und wirtschaftliche Gründe an. Sie mögen hier einer unvoreingenommenen Würdigung unterzogen werden.

Was nun zunächst die Beweisführung an Hand der Geschichte anbelangt, so berufen sich die Tschechen bekanntlich auf die sogenannte Untrennbarkeit der böhmischen Krone, deren Bestandteile die früheren österreichischen Kronländer Böhmen, Mähren und Schlesien waren. Soll der geschichtliche Zustand für die Neuordnung Europas maßgebend sein, dann müßten solche Ansprüche der Tschechen nicht nur von den ebenso geschichtlichen Ansprüchen der ungarischen Stefanskrone Halt machen, sondern es müßte überhaupt erst festgestellt werden, welches Stichjahr die Grundlage dieser Neuordnung bilden soll, denn die Geschichte Europas in den letzten Jahrtausenden ist so reich an Veränderungen, daß fast jede Nation an einen Zeitpunkt hinzuweisen vermag, in welchem sie die höchste Machtentfaltung besaß. Es ist wohl überflüssig zu betonen, daß diese politischen Gestaltungen samt und sonders die Folgen dynastischer Kriege waren, die wohl kaum geeignet sind, die Grundlage für eine endgültige Einordnung der Nationen in eine europäische Völkerliga zu bilden. Ganz und gar unmöglich ist es aber, wie die Tschechen es tun, sich auf das geschichtliche Prinzip für die Sudetenländer, auf das ethnologisge aber für die Slowakei zu berufen, weil beide offenbar widersprechen.

In dieser Erwägung halten daher auch die Tschechen für die Sudetenländer, das ethnologische Prinzip für die Begründung ihrer Ansprüche bereit. Nun ist es aber sonnenklar, daß dieses in seiner natürlichen Form hier versagen muß, denn die dreieinhalb Millionen Deutschen in diesen Ländern bilden zum größten Teil ein geschlossenes Siedlungsgebiet und sind der zwangsweisen Eingliederung in den tschechischen Staat entschiedendst abgeneigt. Deshalb berufen sich die Tschechen für diese Gebiete nicht auf den Willen der Mehrheit der Bevölkerung, sondern auf die wie überall so auch in den einzelnen deutschen Bezirken vorhandenen tschechischen Minderheiten, die sie angeblich vor der Auslieferung an die deutsche Mehrheit retten müßten. Diese Begründung stellt zwar jede Demokratie auf den Kopf, allein sie rechnet mit den geringen Kenntnis der Verhältnisse.

Die Verteilung der tschechischen Bevölkerung ist durchaus ungleich, durch die starke industrielle Entwickelung einzelner deutscher Bezirke bedingt und erreicht ihren Höhepunkt in den Braunkohlengebieten, welche in den letzten dreißig Jahren der Anziehungspunkt des tchechischen Arbeitsums waren, welches aus dem fast rein agrarischen Mittelböhmen zu den industriellen Arbeitsstätten Deutschböhmens auswanderte. Hier wurde es anfänglich zum Teil assimiliert, mit der Zunahme an Zahl und dem Höhepunkt der nationalen Kämpfe in Böhmen wurde jedoch dieser Prozeß zum Stillstand gebracht und die einwandernden tschechischen Bergarbeiter bildeten, insbesondere dann der auf Grund des österreichischen Reichsvolksschulgesetzes errichteten sogenannter Minderheitsschulen die Vorhut der tschechisch-nationalen Armee. Jedenfalls sind sie erst in der allerletzten Zeit in die deutsche Gebiete eingewandert und bilden seit Jahren, je nach der Produktion, ein ab- und zuströmendes Element, das auf ganz bestimmte Bezirke beschränkt geblieben ist.

Als dritte und wichtigste Stütze für ihre Politik machen die Tschechen auch noch wirtschaftliche Gründe geltend. Sie erklären, der tchechische Staat wäre ohne die deutschen Gebiete nicht lebensfähig, diese seien der Sitz gewaltiger Industrien, in ihnen liege der größte Handlshafen der vormaligen Monarchie, nämlich Aussig, ferner nicht nur die weltberühmten Heilbäder Karlsbad, Marienbad, Franzensbad, sondern auch die reichen Kohlenschätze, deren der neue tschechische Staat nicht entbehren könne. Man kann vom politischen Standpunkt der Tschechen ihren Wunsch nach diesen durch deutschen Fleiß geschaffenen Werten und erschlossenen Bodenschätzen begreifen, aber nach Wilsons demokratischen Prinzip gemessen, ist es unerfüllbar, selbst wenn der neue tschechische Staat darum nicht lebensfähig wäre, was aber an sich auch nicht richtig wäre.

Zunächst muß betont werden, daß die Tschechen in den letzten Jahrzehnten im tschechischen Teile Böhmens eine immerhin bedeutende Industrie geschaffen haben und diese Bestrebungen mit der ihnen eigenen Energie fortsetzen. Daß sie nicht alle Industriezweige aufweisen können, ist wohl richtig, allein welcher Staat kann das überhaupt? Wenn die Tschechen ohne die deutsch-böhmische Industrie nicht leben können, wie sollte denn in Zukunft der südslawische oder ukrainische Staat bestehen?.

Der Besitz Aussigs wäre für die Tschechen ohne Zweifel ein wirtschaftlicher Vorteil, allein doch gewiß nur dann, wenn ihnen von hier aus der freie Elbweg zum Meere und zu einem etwa zu erbauenden Donaukanal offen stünde. Keines von beiden wird durch den bloßen Besitz Aussigs gesichert, sondern kann nur im Wege zwischenstaatlicher Abmachungen, welche ja auch einen Bestandteil der Friedensabmachungen bilden können, gewährleistet werden. Dann aber ist nicht einzusehen, warum sich diese Abmachungen nicht auch auf die Elbestrecke beziehen sollten, wodurch den Tschechen die freie Ausfahrt auch in die untere Elbe garantiert wird.

Daß die Heilbäder deutscher Besitzstand sind, mag ja schmerzlich sein, allein von ihrem Besitz kann doch Sein oder Nichtsein eines Staates unmöglich abhängen, weil es eben nur einen Karlsbader Sprudel auf der ganzen Welt gibt.

Und was die Kohlenschätze anbelangt, so liegen die großen Braunkohlgruben zum großen Teil im deutschen Gebiete, dagegen sind die Reviere von Kladno und Pilsen im tschechischen Teile Böhmens sehr reich an Steinkohle. Endlich ist es nicht richtig, daß ein Staat nicht leben kann, der keine Kohlen besitzt. Das Beispiel der Schweiz beweist das Gegenteil.

Alles in allem kann festgestellt werden, daß der tschechische Staat im Gegensatz zu den tschechischen Ausführungen ein wirtschaftlich durchaus lebensfähiges, politisch abgerundetes Gebilde wäre, wenn er sich auf die ihm kraft natürlichen Rechtes zufallenden Gebiete beschränken wollte. Gewiß wird es kein anderes Gebiet sein, aber welcher Staat in Europa würde dies sein? Nicht einmal das vereinte Europa könnte hierauf Anspruch erheben, da es über gewisse Rohstoffe ein- für allemal nicht verfügt.

Dereinst wird es als schwerer Fehler der tschechischen Politik gebucht werden, daß die tschechischen Führer auf die deutschen Gebiete in den Sudetenländern Anspruch erheben, es aber gleichzeitig unterlassen haben, diesen dreieinhalb Millionen Deutschen eine Vertretung in Regierung und Parlament oder auch nur Gelegenheit zur Aussprache zu geben. Damit haben sie sich in den Augen der demokratischen Welt ins Unrecht gesetzt und durch ihr Vorgehen in den von ihnen besetzten Gebieten eine Stimmung geschaffen, welche die Lage der ernstdenkenden, einer Versöhnung der Nationen geneigten Politiker gewaltig erschwert hat. Sie selbst sind es, die eine neue Irredenta im Herzen Europas schaffen und damit den Völkerfrieden von vornherein unmöglich machen. Gewalt erzeugt immer nur Gewalt. An dieser Wahrheit ist Habsburg zugrunde gegangen—mögen sich die Tschechen dies Beispiel zur Warnung dienen lassen.

Ausschreitungen gegen die Deutschen in Prag.

Wien, 4. März. —Die Ausschreitungen gegen die Deutschen in Prag wiederholten sich gestern in geringerem Umfange. Die Angestellten des Deutschen Hauses wurden von der Menge blutig geschlagen. Sie konnten zuletzt in die Kaserne gebracht werden, von wo aus sie nach Hause geführt wurden Auf Verlangen der Menge wurde das Deutsche Haus gesperrt. Der deutsche Generalkonsul ist nach Dresden abgereist.

Deutsch-böhmische Kundgebungen.

Wien, 4. März. —Anläßlich der Eröffnung der Nationalversammlung findet in ganz Deutsch-Böhmen eine imposante Demonstration durch allgemeine Arbeitsruhe, Veranstaltungen von Protestkundgebungen gegen die tschechischen Willkürakte und Kundgebungen für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen und die Einverleibung Deutsch-Böhmens an Oesterreich statt. Die umfassenden Vorbereitungen lassen einen würdigen und ruhigen Verlauf der Demonstration erwarten.

Deutscher Generalkonsul aus Prag ausgewiesen.

Prag, 3. März. —Der Leiter des deutschen Konsulats, Generalkonsul von Gebsattel, ist aus Prag ausgewiesen worden. Die Ausweisung erfolgte im Zusammenhang mit der Affäre des Vizekonsuls Schwarz.

Aus dem Staate

Aus Grand Island.

Grand Island, Neb., 10. April—Zwei der alten Ansiedler sind in den letzten Tagen verschieden. Robert Gustus Frohberg am 9. März 1835 in Sachsen geboren, starb plötzlich am Dienstag abend. Er ererichte demnach ein Alter von 84 Jahren. Im Jahre 1870 kam er nach Grand Island, wo er bis vor kurzem in einem Schneidergeschäft tätig war. Er hinterläßt seine Gattin, einen Sohn und zwei Töchter. Das Begräbnis fand heute nachmittag statt.

Friedrich Winter, ein andrer Deutscher starb vor einigen Tagen im Alter von 80 Jahren, er wohnte seit 1882 auf einer Farm im Lake Township, hatte sich jedoch in den letzten 10 Jahren in den Ruhestand gesetzt und wohnte mit seinem Sohn John im nördlichen Teil der Stadt. Er hinterläßt 6 Kinder, diese sind: Frau Stange, hier wohnhaft, Frau James Weawer, in Kansas u. Frau Wm. Buckow nahe Grand Island. Die Söhne sind Chas und John, Zwillingskinder, und Albert Winter, sämtlich hier wohnhaft. Das Begräbnis findet nächsten Sonntag auf Wiegerts Friedhof statt unter Leitung von Pastor Schuman.

Die von der Lincoln Highway Association vor mehreren Jahren erbaute Zementstraße östlich von den Union Pacific Maschinen Werkstätten, zeigte seit einiger Zeit große Risse. Die Countyväter haben die Straße durch einen Fachmann untersuchen lassen, welcher konstatiert, daß die Reparaturen annähernd $200 Dollar kosten würden, im übrigen sei die Straße in gutem Zustand. Die Countybehörde hat sofort beschlossen, die nötigen Verbesserungen sobald wie möglich machen zu lassen.

Rudolph Kuester, einer der ersten zum Militärdienst Einberufenen, welcher längere Zeit in Frankreich gedient hat, kam heute im elterlichen Hause an und wird seinen Platz in dem Fleischladen von Kuester und Sohn, wo Rudolph Teilhaber ist, wieder einnehmen.

Aus Fremont, Neb.

Fremont, 10. April. —Der Bürgermeister hat die Gelegenheit der Stimmenzahl für den Polizeichef, seine eigene Stimme für Mart Fredrickson gegeben. Es wurde daraufhin von einem Advokaten das Gutachten abgegeben, daß die Wahl ungültig wäre, weil der Bürgermeister keine Stimme bei eigener Auswahl habe.

Jack Virgil nebst Frau und Kind weilen in Fremont. Der Wirbelsturm richtete Schaden an ihrem Hause an, und verletzte die kleine Tochter unbedeutend.

Herr Pastor Geradewohl, der am vergangenen Freitag im hiesigen Hospital starb, wurde in Scribner unter zahlreicher Beteiligung seiner Freunde begraben.

G. D. Blair, der früher hier in der Hochschule lehrte, befindet sich jetzt in einem Hospital in Fort McHenry in der Nähe von Baltimore. Er wurde seinerzeit in Frankreich verwundet.

Bauschreiner verlangen von Montag ab 70c die Stunde und einen achtstündigen Arbeitstag.

William Hansen von der Nye Schneider Co. zog sich eine Verletzung seines rechten Armes zu, als er die Kurbel andrehen wollte. Wood Hatcher wurde in derselben Weise an seinem rechten Auge getroffen. Glücklicherweise war der Schlag hoch genug, um dem Auge selbst keinen Schaden zuzufügen.

Es wird in Fremont davon gesprochen, eine Petition an die Nebraska Legislatur zu schicken, daß sie ein Gesetz mache, welches die verschiedenen Süd- und Mittel-Amerikanischen Republiken zwingen soll, in Zukunft sich der englischen Sprache zu bedienen, so daß die Völker dieser Länder unseren Geschäftsreisenden, welche unsere Waren dort anbieten, dieselben mit besserem Verständnis abkaufen können.

Die Methodisten Fremonts sollen die Summe von $20,000 aufbringen für einen Fond, der für das ganze Land $105,000,000 beträgt, und verschiedenen kirchlicken Zwecken dieser Denomination dienen soll.

T. S Cruickschank hat Ed. Jwes um die Summe von $3000 verklagt, welche dieser ihm schulden soll.

Eine Anzahl Reisender mußte gestern Abend wegen eines Mißverständnisses seitens der Taxiführer bezüglich der Ankunft des Zuges No. 8 sich mit ihrem Gepäck zu Fuß nach ihren Hotels bemühen.

Fred Behrens ist auf seiner Reise von Frankreich in New York angekommen.

Prof. Ray von der Normal Schule ist zum Superintendenten der Wisner Schulen ernannt worden.

Kohlen werden jetzt teurer.

H. M. Wells konferierte mit dem County Agenten Christie. Man beabsichtigt eine Kampagne um die Leute zum Halten besserer Hühner zu bewegen.

Die Geschäftsleute von Uehling haben vereinbart, ihre Geschäfte nach der alten Zeit zu halten, was auch den Landwirten angenehmer sein wird.

Es finden jetzt im County die Examen für Schüler der 8. Klassen statt, und wurden dieselben in 15 Schulen bereits abgehalten.

Der frühere Kongreßmann Stephens organisiert eine „Farmers Bank" unter dem Namen Fremont Joint Stock Land Bank Das Kapital soll $250,000 betragen. Herr Stephens wird Präsident und der Besitzer der größten Anzahl Aktien sein.

Le Roy McGhee hat die Fremont Stockyards Co. um die Summe von $75,000 verklagt, weil sein Rückgrat durch Fallen eines Ladegerüstes während er im Dienst der Gesellschaft stand, verletzt worden sei.

Ed Benton hat sein an der 9. Str. und J gelegenes Haus an den ehemaligen Postmeister Smails verkauft.

Peter Pollock gab Geo. Depugh etwas selbst gemachtes Bier zu trinken. Letzerer wurde dann auf der Straße wegen Trunkenheit arretiert und als Folge davon muß Pollack die Summe von $100 und Kosten als Strafe bezahlen.

Die 38. Jowa General-Assembly

Des Moines, 13. April. — Das Justiz-Komitee des Hauses hat beschlossen, den Gouverneur wegen Amtsmißbrauch in Anklage zu versetzen. Ober-Staatsanwalt Havener, der auch in die Angelegenheit verwickelt war, soll jedoch straffrei ausgehen. Die ganze Rathbun-Geschichte hat den Anschein erhalten, als ob sie zu einem politischen Mäusekrieg ausarten wolle.

Es sind eine Menge Prohibitionisten in der Gesetzgebung, die dem Gouverneur nicht sehr freundlich gesinnt und stets bereit sind, ihm etwas am Zeuge zu flicken. Havner soll straffrei ausgehen, obwohl er alles getan hat, eine Verfolgung der Hauptschuldigen unmöglich zu machen, nur um den Gouverneur „hineinlegen" zu können.

Der Game Warden E. C. Hinshaw, der krank im Hospital liegt, hat sein Amt niedergelegt. Sein Gehilfe W. E. Albert von Lansing wurde zum Nachfolger ernannt. Gegen Hinshaw sollen auch Anklagen erhoben werden wegen Mißverwaltung und Verschwendung im Amt. Das Untersuchungs-Komitee ist noch nicht ganz zu Ende mit der Untersuchung der Bücher.

Der Sekretär der Kommission der Jowa Panama-Pacific-Ausstellung Woodworth Clum, dessen Bücher nicht stimmen, kann keine Belege für gewisse Ausgaben aufweisen. Das Komitee wird sich nur mit den Büchern befassen und alles andere beiseite lassen. Die vielen Untersuchungen haben hemmend auf die Gesetzgebung gewirkt, und viele der Vorlagen konnten dadurch nicht zur Beratung kommen. In der sogenannten „Motor"-Bill wird wahrscheinlich ein Konferenz-Komitee ernannt werden müssen, um die widerstrebenden Interessen zu vereinigen.

Das Haus hat zwar die Vorlage angenommen, wonach die Summe von $75,000 für den Empfang des 168. Regiments bewilligt werden soll, aber es sieht aus, als würde die Vorlage im Senat niedergestimmt werden. Allen Berichten zufolge ist der Senat einer Geldbewilligung zu diesem Zwecke nicht günstig gesinnt. In der Hochstraßen-Vorlage sind eine Menge Verbesserungen gemacht worden und werden noch immer gemacht. Das neueste Amendement, das hinzugefügt wurde, verfügt, daß die Supervisoren keine Pflasterung vornehmen dürfen, bis sie durch eine Abstimmung der Bürger dazu ermächtigt wurden. Zehn Prozent der Stimmgeber können eine Abstimmung verlangen.

4½ Billionen Sieges-Anleihe zu 4¾%

Washington, 14. April. —Sekretär Glaß machte heute dies Nähere über die bevorstehende Siegesanleihe bekannt, nämlich:

Betrag: $4,500,000,000, Zeichnungen darüber hinaus zurückzuweisen.

Zinsen: 4¾ Prozent für teilweise steuerfreie Noten, die gegen vollständig steuerfreie Noten zu 3¾ Prozent umgetauscht werden können.

Verfallzeit: vier Jahre; das Schatzamt behält sich das Recht vor, die Noten in drei Jahren einzulösen.

Die 3¾ prozentigen Noten sollen später ausgegeben werden und können wieder in 4¾ Noten umgetauscht werden.

Die 4¾ prozentigen Noten sind frei von Staats- und Gemeindesteuern; nicht von Nachlaß- und Erbschaftssteuer, und von normalen Bestimmungen der Bundes-Einkommensteuer. Die 3¾ prozentigen Noten sind frei von allen Bundes-, Staats- und Gemeindesteuern, ausgenommen Nachlaß- und Erbschaftssteuer.

Die bevorstehende Anleihe ist kleiner, als man erwartet hatte, und sie wird die letzte sein, wenigstens die letzte, die durch öffentliche Zeichnungen gedeckt werden soll. Keine der vorhergehenden kann in Noten der Siegesanleihe umgetauscht werden.

Der offizielle Anfang der Kampagne ist auf den 21. April festgesetzt worden, obwohl in manchen Orten der Verkauf schon begonnen hat.

Dies ist die 5. Kriegsanleihe. Die erste betrug 2 Billionen zu 3½ Prozent und läuft 30 Jahre; die zweite, von 3 Billionen, brachte $4,617,000,000, von denen $3,808,000,000 zu 4 Prozent angenommen wurden. Verfallzeit 25 Jahre. Die dritte, von 3 Billionen, brachte $4,176,000,000, die auch angenommen wurden, zu 4½ Prozent, auf zehn Jahre. Die vierte, von 6 Billionen, brachte $6,993,000,000, die zu 4¼ Prozent auf 20 Jahre angenommen wurden.

Kriegssparmarken sind in 4 Jahren einlösbar und verzinsen sich zu 4 Prozent.

Giftgas für Sehglas.

Ursprünglich dem Kriegsdienst gewidmet, leistet es im Frieden großes.

Bis jetzt haben wahrscheinlich nur wenige Personen im allgemeinen amerikanischen Publikum das Giftgas, welches unter dem Namen Phosgen während der letzten Kriegsjahre berühmt geworden ist, in ihrer Vorstellung mit Brillengläsern und Seh-Linsen in Verbindung gebracht.

Dennoch besteht heute ein sehr wichtiger Zusammenhang zwischen diesen beiden Dingen. Es wird versichert, daß Sehgläser und Brillen neueren amerikanischen Fabrikats eine klarere Sichtnahme ermöglichen, als sie jemals zuvor erzielt worden ist, und daß dies nur dem ehemaligen Schützengräben-Phosgengas zu verdanken sei!

Dr. David L. Day vom „Geophysischen Laboratorium" des Carnegie-Instituts hat unlängst einen interessanten Vortrag über diesen Gegenstand gehalten. An und für sich war das Phosgengas auch früher nicht unbekannt; aber die Kosten seiner Herstellung (es ist aus Chlorin, Sauerstoff-Gas und Kohle-Monoxidgas zusammengesetzt), kamen so hoch, daß sich seine Verwendung in der Glaslinsen-Fabrikation nicht lohnte. Während des Weltkrieges aber ist dieses Glas in enormen Mengen hergestellt worden. Ein großer Teil davon ist für industrielle Zwecke verfügbar, und Einrichtungen sind da, die Produktion überhaupt in viel größerem Maßstabe zu betreiben. Dies ermöglicht eine bedeutend wohlfeilere Erzeugung des Gases.

Früher waren bekanntlich fast alle optischen Gläser, welche in den Ver. Staaten bedurft wurden, importiert worden; — heute können alle vorkommenden 121 Gattungen Glas mit Leichtigkeit in den Ver. Staaten fabriziert werden! Dies bedeutet abermals einen großartigen, und praktisch ungeheuer wertvollen industriellen Triumph der Amerikaner, die jetzt in dieser Sache völlig unabhängig von der übrigen Welt sein können, wenn sie ernstlich wollen.

Phosgengas ist außerordentlich scharf und zerstört das Eisen-Oxid, welches den roten und bräunlichen Farben-Anflug des Sandes verursacht, bei der Glasfabrikation und in sonstigen Fällen vollständig. So mächtig bleicht es, daß es z. B. die Backsteine, welche zur Erbauung eines Arsenals benutzt wurden und mit dem Gas in Berührung kamen, vollständig weiß machte!

Die Nachfrage nach diesem Gas, zunächst für militärische Zwecke, wurde 1917 sehr groß, und die Amerikaner allein wollten — wie man nachträglich erzählt — reichlich 2000 Pfund Sehglas, das mit solchem Gas behandelt worden war, pro Tag haben, während das „Amt der Normen" in Washington nur etwa 250 Pfund pro Monat liefern konnte. Aber das wurde bald anders! Heute, nach Ende des Krieges, werden monatlich mindestens 120,000 Pfund solchen Glases in den Ver. Staaten erzeugt, — und das ist mehr, als die Instrumentenmacher zu schleifen imstande sind!

Dr. Day versichert außerdem, die sonstigen Prozesse bei dieser Glasfabrikation seien dermaßen vervollkommnet worden, daß die Amerikaner sogar besseres und vor allem gleichmäßigeres Sehglas liefern könnten, als die Europäer. Dennoch hegt er einige Zweifel, ob nicht auch für künftighin, wenigstens unter friedlichen Verhältnissen, ein Teil amerikanischen Bedarfs durch Einfuhr gedeckt werden wird, da außer den Kosten für Phosgengas noch die sonstigen Auslagen in Betracht kommen, welche in Amerika durchweg höher sind und wohl auch ferner sein werden, — einschließlich auch der Löhne.

Röntgenstrahlen in Zollhäusern.

X-Strahlen werden jetzt, wie Dr. Norman E. Aldrige im „Photographie" berichtet, von Zollbehörden zur Prüfung der in kleinen Paketen eingeführten Waren benutzt. Er zeigte, nach der „Umschau", wie wirksam sie verwendet werden können, indem er in einem Paket verschlossene Juwelen mit X-Strahlen durchleuchtete. Der Inhalt des Paketes wurde an dem Schatten erkannt, den die Juwelen dabei auf einen fluoreszierenden Schirm warfen.

Blitzartiger Erfolg heißt streng genommen: Jünden und verschwinden.

Die zweite Hälfte des Lebens ist oft nur noch der Katzenjammer von der ersten.

Gewiß hat das Gold heute eine ungeheure Macht; aber wir haben sie ihm gegeben.

SKINNER PACKING COMPANY

POULTRY BUTTER EGGS

TRADE MARK

1116-1118 -- Douglas St.

Tel-Douglas 1521

DR. F. J. SCHLEIER

Deutscher Arzt und Wundarzt

1140 First National Bank Gebäude, 16. und Farnam Str.

Officestunden: Von 11 bis 12 vormittags und 2 bis 5 nachmittags.

Office Telephon: Douglas 4308.

Wohnung: Virginia Apts.

Wohnungs-Telephon: Harney 6173.

Ich kaufe Liberty Bonds und Kriegssparmarken, auch lokale Aktien und Bonds. Höchste Preise und bar. Rat in Geldanlagen erteilt.

GEORGE SCHROEDER

545 Railway Exchange